

Friedenserklärung der Stadt Linz 2014

2014 ist ein vierfaches Gedenkjahr:

- Vor 100 Jahren begann der Erste Weltkrieg mit seinen bis dahin unbekanntem Materialschlachten und unerhört hohen Kriegsoffern auf allen Seiten – etwa 10 Millionen insgesamt.
- Vor 75 Jahren wurde der zweite Weltkrieg begonnen, dem durch Blitzoffensiven, Kesselschlachten, Flächenbombardements, Belagerungen, dem Einsatz von Atomwaffen sowie dem Holocaust insgesamt etwa 70-80 Millionen Menschen zum Opfer fielen.
- Dazwischen war Österreich überdies vom Bürgerkrieg betroffen, der nun 80 Jahre zurück liegt.
- Und vor 25 Jahren endete mit dem Fall der Berliner Mauer der Kalte Krieg.

1934 verfestigte sich auch in Österreich durch die Ausschaltung der parlamentarischen Demokratie eine politische Kultur ohne Augenmaß und Toleranz, geprägt von Feindbildern, unfähig zur Zusammenarbeit. Die treibenden militanten politischen Kräfte auf allen Seiten, die sämtliche Grundsätze eines menschlichen Miteinanders missachteten, haben hier Schuld auf sich geladen. All das muss uns auch heute noch betroffen machen und soll uns Warnung und vor allem Lehre sein.

Besonders im *Zweiten* Weltkrieg hat Linz – vor allem durch die Ausbeutung der KZ-Häftlinge beim Stollenbau und in den Hermann Göring-Werken – enormes Leid verursacht und in 22 Luftangriffen selbst erfahren.

Rückblickend lässt sich erkennen, dass die in Europa schon vor 1914 weit verbreitete Gewaltverherrlichung bzw. unkritische Gewaltakzeptanz die Basis dieser Kriege in der Bevölkerung war – und in der Politik zusätzlich ein tief sitzender Fatalismus nach dem Motto: „Der Krieg ist sowieso nicht zu verhindern!“. Um ein erneutes, „schlafwandlerisches“ Hineintaumeln in scheinbare Kriegszwänge zu verhindern, sieht es der Linzer Gemeinderat daher als geboten an, ein Wiederaufleben solcher kollektiven Stimmungen schon im Keim zu verhindern.

Aus der Zwischenkriegszeit haben die Alliierten 1945 zu unserem Glück die Lehre gezogen, dass nicht kollektive Bestrafung und Erniedrigung nach dem Vorbild des Versailler Vertrags von 1918, sondern nur ein großzügiger Wiederaufbau und die Unterstützung demokratischer Kräfte und Strukturen geeignet sind, ein Weiterschwelen des Kriegsbrandes zu beenden. Die Stärkung der direkten Demokratie auch auf städtischer Ebene ist dem Linzer Gemeinderat daher ein großes Anliegen (Antrag an den Oberösterreichischen Gesetzgeber vom 23.1.2014). Und wir wissen heute, dass es darauf ankommt, auch in Nachbarländern genau hin- statt wegzuschauen, wie es in den Jahren 1933-38 in Bezug auf den rassistischen und bellizistischen Untergrund der Friedensrhetorik Hitlers der Fall war. Auch wissen wir, dass dichte wirtschaftliche und soziale Verflechtungen über die Grenzen hinweg die Kriegsneigungen dämpfen.

Mit großer Besorgnis blicken wir aufgrund der Erfahrungen im 20. Jahrhundert auf die gegenwärtigen Kriegsfelder an den Rändern der Europäischen Union und im Nahen Osten: die Kämpfe in der Ukraine, in Syrien, im Irak und zwischen Israel und Palästina. Wir fordern die Kriegsparteien auf, jede nur denkbare Chance für Verhandlungen, Interessenausgleich und Versöhnung zu nutzen, so tief die Gegensätze auch sein mögen. Das setzt voraus, sich empathisch auch in die Lage, Gefühle und Sichtweisen der Gegenseite zu versetzen. Die berechtigten eigenen Interessen dürfen nicht über das Gesamtinteresse an einer friedlichen Koexistenz der unterschiedlichen Strömungen gestellt werden, wenn wir nicht wieder in die gleichen Zwänge geraten wollen, die vor 100 Jahren Ausgangspunkt der größten Katastrophe der menschlichen Geschichte waren. Wenn alles in Schutt und Asche liegt, hat niemand mehr etwas davon, im Recht gewesen zu sein.

Wir begrüßen die Tendenz der österreichischen Außenpolitik, in Bezug auf die Ukraine *Außenmaß* walten zu lassen sowie das Angebot, im neutralen Österreich eine tragfähige Friedensvereinbarung zwischen den Beteiligten auszuhandeln, die den zentralen Gesichtspunkten aller Seiten gerecht wird. Österreichs positive Erfahrungen mit der Neutralität könnten dabei für die Ukraine ermutigend wirken. Wir halten es darüber hinaus für möglich, dass die Südtirolpakete von 1947 und 1972 die eine oder andere brauchbare Anregung für ein friedliches Miteinander der Bevölkerungsgruppen in der Ukraine und für solche Verhandlungen enthalten. Damals ging es ja ebenfalls um die Gleichberechtigung unterschiedlicher Sprachen und die Vereinbarkeit unterschiedlicher politischer und ökonomischer Interessen. Wir ersuchen den Stadtsenat, unsere Partnerstadt Saporoshje darüber zu informieren.

Noch erreichen die Folgen der gegenwärtigen Kriege nicht die Ausmaße wie im 20. Jahrhundert, aber sie sind erschreckend genug und werfen gewaltige menschliche, politische und ökonomische Probleme auf: Laut UN-Flüchtlingswerk sind derzeit über 2,5 Millionen SyrerInnen im Exil, weitere 6,5 Millionen sind in Syrien auf der Flucht. Durch den IS-Terror, also den vierten Krieg im Irak innerhalb von 34 Jahren, sind 2 Millionen irakische Flüchtlinge dazugekommen. Mehr als ein Viertel der libanesischen Bevölkerung besteht inzwischen aus syrischen Flüchtlingen und die Türkei hat erklärt, dass infolge des Massenzustroms aus dem Irak die Grenze ihrer Aufnahmefähigkeit erreicht sei. Tausende von Kleinkindern sind in den Flüchtlingslagern vom Hungertod bedroht. Die Traumatisierung der Überlebenden – auch durch den verzweifelten Verkauf von Kindern, insbesondere von jungen Mädchen durch die eigenen Eltern – wird sich noch über Generationen auswirken, nicht nur in der betroffenen Region.

Daher rufen wir die Republik Österreich und unsere MitbürgerInnen auf, die Hungernden und Verzweifelnden großzügig zu unterstützen und dabei nicht zu vergessen, dass diese Menschen außer den unmittelbaren physischen auch *seelische* Bedürfnisse haben – nach Geborgenheit, Bildung und Freiräumen in Sport, Kunst und Musik. Wenn wir uns um diese Bedürfnisse nicht kümmern, wird die Gewaltspirale sich weiter hinaufschrauben, und keine noch so hohe Mauern werden uns in Europa auf die Dauer vor den Folgen bewahren.

Das positive Gedenken an den Fall der Berliner Mauer und der Grenzbefestigungen zwischen Ost und West vor 25 Jahren nehmen wir zum Anlass, die Hoffnung auszudrücken, dass auch all die sichtbaren und unsichtbaren Mauern und Grenzbefestigungen, die seitdem zwischen dem reichen Norden und dem armen Süden errichtet worden sind, eines Tages fallen und einem freien Austausch auf allen Ebenen Platz machen werden. Die erste Voraussetzung dafür ist die Beseitigung der Mauern und Feindbilder in unseren Köpfen.

Nicht nur die Gewalt zwischen Staaten, sondern auch auf gesellschaftlicher Ebene hat weltweit Besorgnis erregende Ausmaße angenommen:

- Etwa 21 Millionen Menschen, vor allem Frauen, befinden sich mehr oder weniger offen in der Sklaverei und in erzwungener Prostitution, auch in Europa;
- in manchen Ländern werden Kinder und Jugendliche in zwölfstündiger täglicher Fabrikarbeit, in Feldarbeit, bei der Kakaoernte oder im Bergbau / in den Minen zerstört, deren Ertrag zu Billigst-Preisen wir bejubeln;
- Gewalt gegen Frauen ist noch immer an der Tagesordnung; mindestens jede fünfte Österreicherin hat neuesten Untersuchungen zufolge entsprechende Erfahrungen;
- Rassistische Übergriffe und die öffentliche Abwertung anderer Lebensentwürfe kommen, derzeit noch vereinzelt, ebenfalls in Linz vor. Bei zunehmenden sozialen Gegensätzen ist damit zu rechnen, dass kollektive Schuldzuschreibungen zu einer Zunahme solcher Vorfälle und damit zur Vergiftung des sozialen Klimas in unserer Stadt führen, wenn es uns nicht gelingt, dem rechtzeitig vorzubeugen und die Menschenrechte auch im Alltag und für alle durchzusetzen: für Frauen und Männer, für DemonstrantInnen und PolizistInnen, für Menschen in der Mitte der Gesellschaft und an ihren Rändern. Das Demonstrationsrecht darf nicht dazu missbraucht werden, um Gewalt freien Lauf zu lassen. Gerade diese demokratischen Werte, die seinerzeit hart erkämpft wurden, sind zu schützen und jedem Missbrauch muss abgeschworen werden!

Daher möchten wir an die „Linzer Deklaration für Toleranz und Gewaltlosigkeit“ vom 17.10.2002 erinnern, in der es heißt:

„Der Linzer Gemeinderat sowie die Organe und MitarbeiterInnen der Stadt Linz treten wie bisher mit Nachdruck dafür ein, dass Menschen in Linz nicht beleidigt, gedemütigt oder rassistischen Übergriffen ausgesetzt werden dürfen.“

Insgesamt gilt:

Wer sich der eigenen Vergangenheit nicht stellt, dem fehlt das Fundament für die Zukunft. Möge das sich seinem Ende zuneigende Gedenkjahr 2014 dazu führen, dass jede und jeder einzelne von uns sich der Verantwortung bewusst wird, die wir als politisch Verantwortliche in unserer Stadt tragen: Dass Hass und Kampf und Feindbilder im politischen Umgang nichts zu suchen haben, dass Gewalt und Radikalismus in der Sprache beginnen und dass wir als bekennende DemokratInnen trotz unterschiedlicher politischer Ansichten Akzeptanz und Respekt voreinander auch wirklich leben!

Der Gemeinderat der Stadt Linz hat die Friedenserklärung der Stadt Linz 2014

in seiner Sitzung am 20. November 2014 einstimmig beschlossen.